

## **Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! –**

### **Rede am 7.5.2023 in Bremen-Nord, KZ-Gedenkstätte Bahrsplate**

von Gerhard Schäfer

Liebe Freundinnen und Freunde,

anlässlich des 17.Gedenktages an der KZ Gedenkstätte Bahrsplate in Bremen-Blumenthal möchte ich nicht die gesamte Geschichte dieses Außenlagers des KZ Neuengamme rekonstruieren. Aber es gebietet die Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben und der Würde jedes einzelnen Menschen, dass wir uns der Opfer des deutschen Faschismus hier an dieser Stelle erinnern, ihrer Leiden und ihrer Kämpfe. Im Grundgesetz haben es die Mütter und Väter unserer Verfassung meisterhaft formuliert: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt:“* (Art. 1, GG). Diese Sätze sind der humanistische und demokratische Gegenentwurf zu dem menschenverachtenden, ja menschenvernichtenden Geist des Faschismus nach innen und nach außen. Der Text auf der Gedenkplatte nimmt auf diesen Gedanken Bezug: *„Hier wurden Menschen gequält und ermordet. Die Opfer und Widerstandskämpfer mahnen uns: **Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg.**“*

Bevor ich auf die historische Bedeutung dieses Slogans 1945 und seine aktuelle Bedeutung für uns im Jahr 2023 eingehe, rekapituliere ich ein paar Etappen zur Geschichte des KZ Bahrsplate. 1942 zunächst als Lager für etwa 2000 „Ostarbeiter“ und „französische Kriegsgefangene“ bestimmt, das zur Deschimag des Krupp-Konzerns gehörte, kamen ab Februar 1943 sowjetische Kriegsgefangene hinzu. Die SS übernahm am 20.8.1944 diesen Lagerkomplex mit etwa 1000 Gefangenen, darunter die Mehrzahl Belgier, Franzosen, Polen, Griechen, Kroaten und Sowjets (das Wort „Russen“ ist ja nicht präzise). Es war eins der 86 Außenlager des KZ Neuengamme vor den

Toren Hamburgs, dessen Netz sich über ganz Norddeutschland erstreckte: von Sylt bis zur Porta Westfalica, von Wittenberge bis Wilhelmshaven, von Braunschweig bis Bremen. Wir erinnern an die 128 ermordeten Lagerinsassen hier und die vielen Gequälten und Geschundenen, die das Inferno zunächst überlebten. Angesichts der heranrückenden britischen Truppen wurde das Lager am 3.4.1945 evakuiert: jüdische Häftlinge kamen nach Bergen-Belsen, Kranke nach Sandbostel, andere noch Marschfähige auf den Marsch nach Bremervörde gebracht, viele Erschöpfte unterwegs erschossen. Von Neuengamme aus gelangten viele Häftlinge auf den Todesmarsch Richtung Neustädter Bucht. Das Schicksal der auf mehrere Flüchtlingsschiffe verbrachten Häftlinge, am Bekanntesten die Cap Arcona, ist bis heute erschütternd: Tausende ertranken in der Bucht, ausgerechnet von britischen Bombern, die doch eigentlich als Befreier hatten kommen wollen.

Außerordentlich verdienstvoll ist die seit den 1980ern in Bremen und Bremen-Nord intensivierete geschichtspolitische Erinnerungsarbeit, zunächst etwas öffentlichkeitswirksamer am Bsp. des U-Boot Bunkers Valentin, dann aber auch hier mit antifaschistischen Initiativen, z.T. mit befördert durch ältere Antifaschisten wie Gustav Böhrnsen, fortgeführt von seinem Sohn Jens Böhrnsen in dessen Funktion als Präsidenten des Bremer Senats – Gerd-Rolf Rosenberger ist einer der bis heute in historisch-politischer Bildungsarbeit unermüdlich Aktiver.

Nun zurück zum Ausgangspunkt der Mahnung **„Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg.“**

Der Überlieferung nach soll dieses Jahrzehnte lang gültig bleibende Motto zum ersten Mal nach der Befreiung des KZ Buchenwald im Anschluss an den berühmten „Schwur“ gefallen sein, den die Überlebenden nach der Selbstbefreiung der KZ-Insassen und dem Eintreffen der amerikanischen Truppen zum Totengedenken der 51.000 Ermordeten leisteten. Es war eine Art moralisch-politische

Selbstverpflichtung, ein Kompass, der für die Widerständler selbst und die nachfolgenden Generationen maßgeblich werden sollte:

*„Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach: ,WIR SCHWÖREN!“*

Das Besondere an diesem Aufruf und Schwur liegt - und darin liegt schon seine Aktualität – in einem *antifaschistischen Bekenntnis*, das alle Opfer jenseits parteipolitischer, ethnischer, religiöser oder weltanschaulicher Überzeugungen und Bindungen einschließt und das Wesentliche zu einem gemeinsamen politischen Auftrag verdichtet. Dieser Grundkonsens war das Ergebnis eines komplizierten historisch-politischen Lernprozesses. Hatten sich die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD vor 1933 noch wechselseitig beschimpft („rotlackierte Nazis“ – „soziale Hauptstütze des Kapitalismus“) und jede echte erfolgversprechende Aktion gegen die Nazis erschwert und letztlich trotz später Angebote verhindert, so war die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes, ja sogar die Einheit der Arbeiterparteien, auf beiden Seiten nach den bitteren Lernprozessen in Gefängnissen und KZs 1945 gemeinsame Mehrheitsüberzeugung – in allen politischen Parteien und Gewerkschaften, außer der FDP/LDPD: *Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung, Demokratisierung* (in Übereinstimmung mit den 4 Ds der vier Alliierten im Potsdamer Abkommen 17.7.-2.8.1945). Die Berliner antifaschistisch-demokratische Einheitsausschuss vom Juli 1945 ist hier ebenso zu nennen wie die Bremer Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, um ein lokales Beispiel zu zitieren. Das Berliner Beispiel schloss sogar christlich-sozialistische Politiker ein (Jakob Kaiser, u.a.), denen in

Frankfurt Vertreter eines christlichen Sozialismus (Eugen Kogon, Walter Dirks, u.a.) entsprachen. Die Eingangsfeststellung der CDU im Ahlener Programm vom 3. Februar 1947 spiegelt diesen Zeitgeist wieder: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den wirtschaftlichen und staatlichen Interessen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“. Die SPD schien mit ihrer Forderung nach einem „Sozialismus des Alltags“ die KPD links überholen zu wollen, da sie relativ moderat, vielleicht realistischer die konsequente Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie anstrebte. Sozialisierung der Schlüsselbetriebe, Demokratisierung und Mitbestimmung der Beschäftigten in allen Wirtschaftsbereichen waren Kernforderungen der Arbeiterparteien, die bei Volksabstimmungen in Hessen und NRW über 70% Zustimmung erreichten. Die Entflechtung der IG Farben, die ja in Auschwitz am Massenmord an den Juden, u.a. perverser Weise profitiert hatten - u.a. durch die Maxime „Vernichtung durch Arbeit“ (wie auch in Neuengamme und hier in Bremen), war ebenso gemeint wie die Verstaatlichung/Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (Banken, Versicherungen, Energie, etc.), ein Relikt ist im GG in den Art.14/15 noch erhalten.

Schon im Prager Manifest des SPD-Exilvorstandes von 1934 hatte sich diese Auffassung Bahn gebrochen („Front aller antifaschistischen Schichten“), ebenso im Manifest der KPD auf ihrer Brüsseler Konferenz im Oktober 1935 („von der Einheitsfront zur Volksfront“) hatte diese Überzeugung programmatische Konturen angenommen. Als der in Paris veröffentlichte „Aufruf zur Bildung einer Deutschen Volksfront“ 1936 erschien und die Zusammenarbeit von kritischen Sozialdemokraten wie R.Breitscheid, T.Sender, S.Aufhäuser, u.a., von Kommunisten wie W.Ulbricht, W.Pieck und K.Funk (=Herbert Wehner), SAP-Vertretern (W.Brandt, u.a.) und Intellektuellen (L.Feuchtwanger, H.Mann, A.Siemsen, E.Bloch, u.v.a.m.) Gestalt annahm, nahmen die Gegensätze und Spannungen zugleich wieder zu: die nachholende Industrialisierung der SU und der Terror des Stalin-Apparates, die Spaltung der Antifaschisten im Spanischen

Bürgerkrieg, und der Schein-Erfolg der Nazis mit dem Vierjahresplan und der Aufrüstung zum Krieg („Vollbeschäftigung“) sowie der Intensivierung des Terrors gegen Juden (1933/1935/1938/1941), gegen bürgerliche Demokraten, engagierte Christen und Pfarrer wie Martin Niemöller. Gegen die Arbeiterbewegung in ihren starken Zentren Berlin, Hamburg, Bremen, Leipzig, Stuttgart und Nürnberg wurde zwar aller verfügbarer Terror von SA, SS, Gestapo und SD eingesetzt, aber: am Bsp. Leipzig könnte ich detailliert zeigen, wie die Eltern-Generation bereits verhaftet, die nachwachsende Jugend-Generation den antifaschistischen Kampf mindestens bis 1939 weiterführte. Die Leipziger HJ traute sich noch vor dem Kriegsbeginn im Sommer 1939 in bestimmte Stadtteile nicht, weil die Leipziger Meuten die Szene bestimmten (etwa 4.000 Personalkarteien von oppositionellen Jugendlichen aus dem Polizei- und Gestapobereich sind dokumentiert).

Nach 1945 hat uns Niemöller eine Kurzfassung seiner und unserer Lektion hinterlassen, die jeden Versuch einer Spaltung des wirklich antifaschistischen Blocks ad absurdum führt: *„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler abholten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschaftler. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude. Als sie mich abholten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“* Die Universalität der Menschenrechte - in der UN-Menschenrechtskonvention von 1948 völkerrechtlich verbindlich festgelegt – gilt ungeteilt für alle Menschen unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit. Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat die eigene, eingangs erwähnte Formulierung gefunden, die den gleichen Sachverhalt unterstreicht. D.h. z.B., dass die Behandlung von Geflüchteten nicht unterschiedlich verlaufen darf, wie es z.Zt. geschieht: Iraker, Afghanen, Afrikaner und Syrer genießen die gleiche Unterstützung wie Ukrainer. Erbärmlich nenne ich die Haltung mancher osteuropäischer Staaten, die zwar die ukrainischen

Geflüchteten willkommen heißen (was zu begrüßen ist), aber im Gefolge der Jahre 2015 ff. sich beharrlich weigerten, Geflüchtete aus Irak, Afghanistan, Afrika und Syrien aufzunehmen. Die Bundesrepublik hat sich diesem Trend im Zuge des Ukraine-Krieges angeschlossen, indem sie Ukrainerinnen und Ukrainern privilegierte Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt und andere Vorteile verschaffte. Bei den Betroffenen z.B. aus Syrien erntet man entsprechend (verständlicher Weise) nur Kopfschütteln ob dieser schreienden Ungerechtigkeit.

Es versteht sich von selbst, dass wir eine weitere Lektion des „Nie wieder Faschismus“ hinzufügen können: *Rassismus und Antisemitismus* sind in den Kreisen der AfD salonfähig, gelegentlich unter dem Ladentisch, manchmal aber auch sehr lautstark und öffentlichkeitswirksam. Der AfD - Ehrenvorsitzende Alexander Gauland (früherer Büroleiter des hessischen CDU-Ministerpräsidenten Walter Wallmann und pensionsmäßig von der BRD gut ausgestattet) möchte in seiner Polemik gegen die Flüchtlinge die deutsche Identität wiederherstellen: „Wir holen uns unser Volk und unser Land zurück“. Bei diesem Herrn in bräunlich schimmerndem Jackett überrascht die Aussage dann auch nicht, dass die Ära des deutschen Faschismus allenfalls „ein Vogelschiss der Weltgeschichte“ sei. Sein geistig Vertrauter aus Thüringen, Björn Höcke, findet gar das Holocaust-Denkmal „ein Denkmal der nationalen Schande“ in dem Sinne, dass es nicht ins Zentrum der deutschen Hauptstadt gehöre. Dass dieser Mensch an seiner früheren Schule, einer nordhessischen Gesamtschule, das Fach Geschichte als wohlbestallter Beamter vertreten durfte, zeigt, dass alle staatlichen und innerschulisch-kollegialen (!) Kontrollmechanismen versagt haben. Ich spreche hier nicht einem Berufsverbot das Wort – aber die Erziehung meiner Enkelkinder durch so einen faschismusaffinen Dilettanten und Volksverhetzer in einem bewusstseinsbildenden Fach wie Geschichte verbitte ich mir doch (es gibt da Möglichkeiten). Mit diesen dubiosen Figuren hat ein

reflektierter Antifaschismus nichts zu tun - im Gegenteil, wir werden ihn bekämpfen, wo immer er sich zeigt.

„Eine Welt in Frieden und Freiheit“ aufzubauen , heisst natürlich auch, und darin waren sich alle politischen Gruppierungen mit unterschiedlicher Differenzierung und Genauigkeit, einig. Das hieß u.a. diejenigen machtpolitisch auszuschalten, die sich als Steigbügelhalter der Nazis erwiesen hatten: Teile der Großindustrie, der Großagrarien und der Deutschnationalen, die im ersten Kabinett Hitler die meisten Minister stellten: das Bündnis von Ultrakonservativen und Faschisten ist in Vergessenheit geraten. Selbst in den letzten schon nicht mehr ganz freien Wahlen am 5.3. hatte die NSDAP „nur“ 44% der Wählerstimmen auf sich vereinigt, brauchte also Hugenburgs DNVP. Ob wir demnächst in einem ersten ostdeutschen Bundesland die erste Koalition einer bürgerlichen Partei (CDU oder s. Thüringen: gar mit der FDP) erleben werden? Dann hätten wir den Anfang einer gefährlichen Rutschbahn. Die herrschenden Kreise des Finanz- und Industriekapitals können aber bisher mit dem Modell der AfD wenig anfangen, weil europäische und globale Verflechtungen der Konzerne und ihre Profitaussichten durch ausländerfeindliche Praxen eher gestört werden könnten, obwohl es in der neoliberalen Programmatik der Privatisierung, Entstaatlichung, dem hochgezüchteten Konkurrenzprinzip (die Starken fressen die Schwachen) und der sozialstaatlichen Minimalgarantie (Hartz IV) eine gemeinsame Schnittmenge gibt. Ob es eine Reserve-Option für einige herrschende Kreise in der Bundesrepublik ist, wird sich zeigen und von der antifaschistisch-demokratischen Gegenwehr abhängen: Wir alle sind gefordert.

Der zweite Teil des Slogans „*Nie wieder Krieg*“ war für diejenigen, die KZ-Haft durchlitten und/oder Zwangsarbeit zu verrichten hatten, mindestens so wichtig. Denn der Repression nach innen folgte die Aggression nach außen. Man könnte es auch so formulieren: die innenpolitische Feinderklärung und die Kriegserklärungen gegenüber Polen, Frankreich, ganz West- und Nordeuropa und dann der

Sowjetunion am 22.6.1941 sind zwei Seiten der faschistischen Medaille. Die auch hier im und am Bunker Valentin und im KZ Bahrsplate zur Zwangsarbeit verschleppten Kriegsgefangenen und die politischen Gefangenen aus aller Herren Länder zeigen das Barbarische des faschistischen Okkupationsregimes, an dessen Ende mindestens 55 Millionen Menschen ihr Leben gelassen hatten, davon allein 27 Mio. in der ehemaligen Sowjetunion. Der wie kaum ein Krieg zuvor als Vernichtungskrieg gegen die SU geführt wurde, war unter anderem nur möglich, weil die Nazis den Antikommunismus (nicht erst seit 1917) schürten und bei der damals jungen Generation über die Schulbücher und die Lehrkräfte bis in die HJ und die SA so „einpflanzten“, dass die übergroße Mehrheit der Jungs und Mädels keine Alternative sehen konnten (Ausnahmen gab es auch hier: Kölner Edelweißpiraten, Leipziger Meuten, Hamburger Swing-Jugend, Geschwister Scholl, et.).

Durch den gegenwärtigen Krieg werden diese russophoben Ressentiments wieder geschürt und dabei vergessen, dass die nach 1991 neu entstandenen Staaten (GUS-Staaten) wie Russland, die Ukraine und Weissrussland einst Teil der Sowjetunion waren und – bei allen Spannungen, die dieser Vielvölker- und Vielreligionen-Staat notwendig auch hatte – gemeinsam im Kampf gegen die Armeen Adolf Hitlers gekämpft, Auschwitz befreit und schließlich die Siegesflagge auf dem Berliner Reichstag gehisst hatten. Es gab *nur eine Rote Armee*, unabhängig davon, dass es auch separatistische Strömungen in den verschiedenen Teilen der SU gab, vor allem auch in der Ukraine, die sich die deutschen Spalter zunutze zu machen versuchten (Geheimdienste, Fremde Heere Ost, Himmler, u.a.): Der heute noch vom ehemaligen ukrainischen Botschafter Melnyk verehrte Stephan Bandera ist eines dieser Beispiele oder die übergelaufenen Teile der Wlassow-Armee. Das Ziel der faschistischen Politik war auf die Ausbeutung der Kornkammer Europas und auf die Bodenschätze im Donezbecken gerichtet, ähnlich wie schon im 1. Weltkrieg. Die Tausenden jungen Frauen und Männer,



die ins Deutsche Reich verschleppt wurden, leisteten hier Zwangsarbeit, so auch im Außenlager Bahrspalte.

Unabhängig von dieser einheitlich sowjetischen Geschichte des „Großen Vaterländischen Krieges“ wird die Gegenwart des Ukraine-Russland-Verhältnisses von einer erschreckenden Feindschaft dieser beiden Brudervölker bestimmt. Das liegt nicht nicht nur an der Vorgeschichte dieses Krieges - die NATO hat ihren Einflussbereich immer näher an Russland herangerückt und vom Baltikum bis Bulgarien Raketenstellungen positioniert, die die Atommacht Russland vor der Haustür unmittelbarer denn je bedrohen. Das Bedrohungsgefühl einer Nation wie das der Russen, die trotz des barbarischsten Krieges zwischen 1941-44 und der Blockade von Leningrad allein mit etwa 1 Million Toten ein positives Gefühl für die Nachkriegsdeutschen entwickelt hatten, ist leider vom Westen und der NATO nie Ernst genommen worden. Das ist das Kapitel unserer deutschen Hypothek gegenüber allen Völkern der ehemaligen Sowjetunion. Es ist abzulehnen, diese Erinnerung aus aktuellen Interessen zu manipulieren, ja zur verfälschen, etwa im Sinne einer geteilten Erinnerung, der eine (der gute) für die Ukraine, und der andere für Russland (der schlechtere).

Und trotzdem, und da schließt sich der Kreis: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ bezieht sich auch auf das Opfer der faschistischen Barbarei von gestern. Die SU – und Russland als einer der Nachfolgestaaten – ist Mitgründer der Vereinten Nationen und ihrer Charta. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf den Bruderstaat Ukraine hat Russland dessen territoriale Integrität verletzt und eine neue Welt-Unordnung mit heraufbeschworen, deren Verwerfungen noch gar nicht absehbar sind. Die Regierung Putin und die sie tragenden Machtapparate (der sie stützende Oligarchenkapitalismus) haben, soviel lässt sich jetzt schon sagen – ihren eigenen ökonomischen und globalen Interessen massiv geschadet. Und: Je länger Russland diesen Krieg führt, umso größer wird die Mit-Verantwortung für die Folgen: Tausende von Toten auf

beiden Seiten, Teile eines zerstörten, verwüsteten oder vergifteten Landes incl. von Millionen Flüchtlingen, die der Ukraine beim Wiederaufbau fehlen werden. Die Friedenssehnsucht des russischen und des ukrainischen Volkes ist groß: Waffenstillstand, Friedensverhandlungen ohne Bedingungen – das ist die Forderung des Tages, um dem täglichen Morden ein Ende zu bereiten. Wer auch immer als Moderator auftreten kann, ob China, Brasilien, Mexiko oder die Türkei, ist relativ nebensächlich. Denn die nukleare Gefahr einer Weltmacht mit imperialer Tendenz - im Abstieg begriffen, wird von Tag zu Tag größer. Wir brauchen eine neue Friedensbewegung, die über alle ideologischen Grenzen und Scheuklappen hinweg unserer Regierung Beine macht. Denn: *Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist eine gemeinsame Zukunft in Sicherheit nicht möglich.* Nur wer gemeinsam gegen Aufrüstung, Krieg und atomare Drohung kämpft und das auch laut verkündet, wird dem Vermächtnis des Schwurs von Buchenwald gerecht: „eine Welt des Friedens und der Freiheit“ – und der sozialen Sicherheit für alle zu bauen.